

Innovative Qualität statt neues Etikett.

Erste Erfahrungen mit einer konsequenten Programmatik Bürgerschaftlichen Engagements¹

Bürgerschaftliches Engagement (BE) hat in kürzester Zeit als Begriff, Arbeitsansatz und politische Programmatik Karriere gemacht. Worin liegt das innovative Potential dieses Programms, wie kann eine spezifische entschiedene Förderung aussehen und welche sonstigen Rahmenbedingungen entscheiden über den Erfolg mit?

Diese Fragen werden am Beispiel des baden-württembergischen Initiativenaufrufs „Bürgerschaftliches Engagement“ diskutiert, der für sich in Anspruch nimmt,

- ein dynamisches Landesnetzwerk insbesondere kommunaler und bürgerInnen-orientierter Projekte und örtlicher Anlaufstellen hervorzubringen,
- angemessene Formen nicht-vereinnahmender Projektentwicklung zu erproben statt statischer, normierender „Modellalimentierung“,
- Probleme intermediärer und politikbezogener Institutionenbildung und Infrastrukturentwicklung nicht zu vernachlässigen
- und auch damit zugleich die Rahmenbedingungen für BE zu verbessern und dessen Praxis politisch zu sichern.²

Üblicherweise wäre an dieser Stelle das Programm deskriptiv zu beschreiben. Dem wird hier indes nur knapp nachgekommen durch die Wiedergabe der offiziellen „Erfolgsbilanz“: „Seit 1990 wurden an insgesamt 110 Standorten ca. 150 Initiativen vernetzt. Davon sind ca. 75 Initiativen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für BE/Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg (ARBES) organisiert (freie Initiativen, 12 Seniorengenossenschaften, 15 Bürgertreffpunkte/Bürgerbüros, 25 Wissens- und Kontaktbörsen und 8 Selbsthilfekontaktstellen). Weitere ca. 75 Initiativen bestehen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des BE in Baden-Württemberg (AG/BE) - hiervon 21 kommunale Modellkooperationen mit dem Sozialministerium an dezentralen Standorten. In fast allen neun Stadtkreisen und in 17 von 35 Landkreisen gibt es regionale Anlaufstellen für BE im Aufbau“ (Sozialministerium Ba-Wü 1995: 2). Da ein aussagekräftiger Zwischenbericht inzwischen die Beschreibung und erste empirische Befunde ausführlich aufbereitet, sei es im

¹ Der Beitrag basiert gekürzt und grundlegend überarbeitet auf einem Vortrag auf dem DGGG-Kongress 1997 in München.

² Das Programm wird ausführlich beschrieben und mit ersten empirischen Befunden ausgewertet in Klie/Walter/Roß u.a. 1997.

vorliegenden Beitrag erlaubt, demgegenüber das Programm programmatisch-analytisch zu interpretieren.

1. Innovationsförderung durch Anfachung einer öffentlichen Diskussion mit visionärer Perspektive

Ausgangspunkt und Anspruch werden gleichermaßen hoch gehängt. „Im Zusammenhang mit der kontroversen Debatte über eine Umgestaltung des Sozialstaates, wo freiwilliges Engagement in der Spannung zwischen Substitut öffentlicher Leistungen einer- und unverzichtbarem Beitrag der BürgerInnen zu einem ebenso funktionierenden wie menschlichen Staatswesen andererseits diskutiert wird, kann BE profiliert werden als eine gesellschaftliche Human- und Demokratieressource, die mit der Vision der civil society weniger auf eine Entlastung öffentlicher Kassen, als vielmehr auf eine Verstärkung bürgerschaftlicher Beteiligung und eine Neukonstituierung des Sozialen zielt“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 56). Zur anspruchsvollen Zielbestimmung gesellt sich von vornherein eine Absage an technokratische Politik- und Fördermodelle. „Ressourcen sind im Hinblick auf ihre Erschließung zu definieren und sie erneuern sich dann aus sich selbst heraus, wenn sie angemessen genutzt und maßvoll gebraucht werden, wenn sie sich in einer förderlichen Umgebung entfalten können und eine systematische Wissenserweiterung auf allen Ebenen erfahren. Dies gilt sowohl bei kollektivem professionellen als auch bei individuellem Handeln. Sozialverhalten verbraucht sich nicht, wenn es angemessen gefördert, unterstützt und eingesetzt wird. Wo dies nicht der Fall ist, verkümmert es“ (Hummel/Mächtle 1997: 2).

Dieser Diskurs erzeugt beträchtlichen Widerhall, indem er von einer großen Vision ausgeht, die weit über hergebrachte Mobilisierungsprogramme für „helfende Hände“ hinausgeht. BE wird zum Kristallisationspunkt des Versuchs, nicht weniger als ein neues Gesellschafts- und Gemeinschaftsmodell vorstellbar werden zu lassen. „Was ist in einer entwickelten Demokratie Sache der Bürger und wie können sie ihre Angelegenheiten einzeln oder gemeinsam wahrnehmen?“ (Wendt 1995: 198). Die Auseinandersetzung darüber soll jenseits formaler juristischer Klärungen und folgenlosen ethischen Räsonierens in den gemeinwesenbezogenen Dauerdiskurs geholt werden und zwar mit praktischer Absicht in konkreten sozialen, politischen und kulturellen Belangen. Planvoll werden Diskurs-Aktivitäten auf den unterschiedlichsten Ebenen so entfaltet, daß sie einander verstärken – lokale Auseinandersetzungen und überregionale Debatten, die Mobilisierung persönlicher Netzgeflechte und massenmedialer Ansprache, die Gleichzeitigkeit von Thematisierungsschüben in lokalbezogenen, politikorientierten und wissenschaftlichen Diskurssphären.³

Auch wenn gerade von den beteiligten BürgerInnen viele diese visionäre Projekt-idee viel pragmatischer zunächst im Kontext ihrer eigenen lokalen Vorhaben aneignen, so ermöglichen ihnen die immer mehr Menschen einbeziehenden o.g. Foren

³ Dabei scheint jene Struktur besonders chancenreich zu sein, die als „überregionales Hintergrundrauschen“ für regionale Aktivitäten bezeichnet werden könnte, sei es durch die Forschungsaktivitäten, die vom Sozialministerium initiierten öffentlichen Kongress, die zunehmend mit Partnern wie dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, Stiftungen oder internationale Wohlfahrtsverbänden durchgeführt werden, die Colloquia des das Programm begleitenden Forschungsverbundes oder das rege Publikationswesen.

unterschiedlichsten Charakters vielfältige phantasieanregende und gemeinschaftsstiftende Einblicke und Erfahrungen. Indem solcherart die öffentliche Diskussion über BE und seinen gesellschaftspolitischen Stellenwert, seine Potenzen und Förderungsmöglichkeiten an Fahrt gewinnt, gewinnt es auf vielen wichtigen Ebenen verpflichtende Kraft. Zusammengenommen ist dies alles mehr als nur Marketing einer symbolischen Politik - aber dieses ist es auch und zwar gekonnt und das ist wichtig.

Ein bereits empirisch faßbares Indiz für die Schubkraft des Diskurses ist gewiß die o.g. Karriere des Begriffes „BE“, der ganz stark von Baden-Württemberg aus nun weitere Kreise zieht. Immer wieder wird eingewandt, es handele sich dabei um „alten Wein in neuen Schläuchen“ oder um ein neues Label mit niedriger Halbwertszeit, andere monieren, daß das Arbeitsprogramm BE mit der von Protagonistenseite gepriesenen Offenheit gründlich verwässert und konturenlos geworden sei. In diesem Beitrag wird dies mit Bezug auf wichtige innovative Merkmale bestritten. Seine These lautet: *Das Thema BE kann stark werden, wenn seine Stärken systematisch entwickelt werden.* Und hier demonstriert die baden-württembergische Situation wichtige Ansatzpunkte. Im folgenden wird versucht, dieses unter der Perspektive Innovation durchzudeklinieren.

2. Innovationsförderung durch explizite Querschnittsausrichtung

Zum innovativen Potential gehört - nach den skizzierten Diskursinhalten nur folgerichtig - ein energisches Aufbrechen von hergebrachten Einpunktperspektiven und entsprechend beschränkten Ressortierungen. Auf dem Hintergrund der schon in den Vorläuferprogrammen⁴ immer deutlicher rekonstruierbaren Tendenzen zu einer entsprechenden Querschnittsausrichtung läßt sich heute feststellen, daß es sich gerade in der Umsetzung bei der hier diskutierten Offensive um eine Politik handelt, die begriffen hat, daß die sonst allzu rasch unter „Rahmenbedingungen“ subsumierten Aspekte geradezu gleichgewichtige Interventionsziele darstellen. Ein diesbezüglich zentraler Aspekt wird in der „Selbstausslegung“ auf der Basis eigens erhobener Empirie so vorgetragen: Die im Auftrag des Sozialministeriums angefertigte Geislingenstudie mache die „Disparität von Wissen und Humankapital deutlich, von Ressourcen und gesellschaftlich kulturellem System, von Wunsch und Wirklichkeit sozialen Austausches: Örtlich passen Angebot und Nachfrage von sozialem Handeln häufig nicht zusammen. Die Art der angebotenen und nachgefragten sozialen Kompetenzen stimmen häufig nicht überein. Die angewandten Verfahrensweisen berücksichtigen oft nicht die unterschiedlichen Lebenseinstellungen von Generationen“ (Hummel/Mächtle 1997: 7). Und so sind die BürgerInnen folgerichtig nur eine von vier Ebenen, denen vier Offensiven gelten. Zusammengenommen läßt sich dies Vorhaben mit einem Schlüsselbegriff als fundamentales Lernprogramm interpretieren⁵.

Die *Zielperspektiven* auf diesen vier Feldern lauten: „Selbstbewußte BürgerInnen“, „Fachkräfte als PartnerInnen“, „Ermöglichungs-Verwaltung“ und „Verbände als Un-

⁴ Zu den „Senioren-genossenschaften“ (ab 1990) vgl. Otto (1995), zur „Initiative drittes Lebensalter“ vgl. Hummel (1995).

terstützer“. Und *jeweils* geht es darum, ob BE an den jeweiligen Schnittlinien gesellschaftspolitischer Entwicklungen tatsächlich als „Ernstfall gesellschaftspolitischer Entwicklung begriffen und akzeptiert oder aber lediglich als Nebenschauplatz“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 200) abqualifiziert wird. Diese Mehrebenen-Konzeptualisierung begrenzt sich nicht – anders als viele andere im Bereich sozialer Ehrenamtsförderung - selbstgenügsam auf das direkte soziale Wirken in klientInnenbezogener Arbeit.⁶ Die innovative Qualität der gewählten Querschnittsorientierung läßt sich durch Relationierung zu anderweitig gängiger Engagementförderung schärfer herausarbeiten.

Geht es den *BürgerInnen* - so ließe sich die neue Qualität bezüglich der *ersten* Ebene konturieren - um eine punktuelle sinnvolle Tätigkeit, ein Helfen hier oder dort - oder um einen realen Zuwachs an Beteiligung, der sowohl hinsichtlich erweiterter Gestaltungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich erhöhter Verantwortlichkeit 'folgenreich' ist?“ (ebd.). Von vornherein wird das entsprechende Sozialverhalten zweipolig gesehen als Fähigkeit, in der Verfolgung *eigener* Angelegenheiten die Sache *aller* aufzunehmen. Der schon für Formen „neuer Ehrenamtlichkeit“ immer wieder reklamierte Zusammenklang von Dienst- und Selbstbezug (vgl. Otto 1995a) wird hier nochmals nuanciert: Soziales Handeln würde überwunden durch Sozialverhalten. „Soziales Handeln in Form von freiwilligem Helfen, Ehrenamt, Selbsthilfe und gegenseitiger genossenschaftlicher Hilfe stellt eine notwendige Hilferessource für die sozialen Dienstleistungen der Gesellschaft dar. Sozialverhalten insgesamt stellt eine Ressource dar, mittels derer die Herausforderungen des sozialen Wandels nicht für, sondern mit den Menschen angenommen werden können. Das daraus erwachsende Engagement soll als bürgerschaftliches definiert werden, soweit es allseits die Rolle des Bürgers im Gemeinwesen stärkt und Sozialverhalten normativ absichert“ (Hummel/ Mächtle 1997: 3).

Bezüglich der *zweiten* Ebene - den *Fachkräften* - existieren inzwischen mit einiger Tradition bereits eine Reihe von Referenzdiskursen (von der Expertenkritik bis zur Lebensweltorientierung), auf deren Grundlage die Infragestellung eines spezifischen Dienstleistungs- und Fachlichkeitsverständnisses genauer präzisiert werden könnte als hier: Verhandeln die Fachkräfte das Thema allein unter der angesichts der realen Verhältnisse im welfare-mix unterkomplexen Gegensatzwahrnehmung 'Laien - Professionelle' und ziehen sich auf die Verteidigung berufsständischer Positionen zurück -

- oder schaffen sie es, sich selbst von den verschiedenen Rollen auf den grundlegend gemeinsamen BürgerInnen-Status rückzubesinnen,
- schaffen sie es, sich freizumachen von Bedrohungsgefühlen gegenüber ihren fachlichen Aufgaben und ihren spezifischen Kompetenzen, und - mehr noch - Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln, auch um eben nicht gleich wieder in die Expertenrolle zu rutschen,
- schaffen sie - zusammenfassend - das „Wagnis einer grundlegenden Revision ihres Professionalitäts- und Berufsverständnisses“ (Klie u.a. 1997: 200), die letztlich auf einen gleichberechtigten Umgang von BürgerInnen, Verwaltungen, Fachkräften und Verbänden hinauslaufen muß?

⁵ Wie der politische Aushandlungsprozeß im Verlauf der Konkretisierung des vorbereitenden „Aufrufs“ allerdings die personalen BürgerInnenressourcen auf Kosten struktureller Kategorien betonte, zeigt der Zwischenbericht (vgl. Klie/Walter/Roß 1997: 61ff.).

⁶ In einem Punkt ist noch der gewählte Ansatz zu selbstgenügsam, klammert er doch die Ökonomie schlicht vollständig aus.

Wendt weist zurecht darauf hin, daß in der Dichotomisierung von Laientum versus Fachlichkeit der BürgerInnenstatus (citizenship) nicht begriffen werden könne, weil es sich um einen politischen Begriff handle, mit dem von der politischen Seite her die Frage des Engagements in sozialen Belangen gestellt wird (vgl. Wendt 1995: 197). Mit Bezug auf die Soziale Arbeit heißt dies zugleich, daß sie „in verschiedensten Diensten von Bürgern betrieben (wird; U.O.), die sich Problemen von Mitbürgern widmen. Die Probleme, die bearbeitet werden, sind persönliche und zugleich kommune. (...) Der berufliche Einsatz und das freie Engagement treffen sich in der ‚Vergesellschaftung‘ von Problemen und können sich in deren Bearbeitung wechselseitig bestärken“ (ebd.: 198).

„Das Spezifikum des Kompetenz-Profiles ‚Fachliche Förderung Bürgerschaftlichen Engagements‘ liegt demnach nicht in der Aneinanderreihung bestimmter Einzelelemente, sondern in dem umgreifenden, durch die Grundhaltung und Vision Bürgerschaftlichen Engagements geprägten Horizont, innerhalb dessen diese Elemente stehen“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 194) und sich in ihrer Bedeutung gewichten lassen. Dazu gehört auch das unmißverständliche Signal, als Ansprech- und UnterstützungspartnerInnen vor Ort zur Verfügung zu stehen, die Bereitschaft, die Vermittlungsrolle zwischen den unterschiedlichen PartnerInnen im intermediären Gefüge wahrzunehmen, dazu gehört gewiß auch die schwierige Ausbalancierung zwischen einem „Ergebnis“-druck einerseits und dem Zulassen und gar Fördern auch zeitaufwendiger Rollenklärungsprozesse im Kontext bürgerschaftlicher Verantwortungsübernahme.

Auf der *dritten* Ebene geht es ebenso um veränderte Leitziele und Praxen gleichermaßen: Nehmen die *Wohlfahrtsverbände* BE und seine Förderung lediglich als eine weitere Bedrohung für ihre ohnehin in Frage gestellte traditionelle gesellschaftliche Rolle wahr, schneiden sie das Thema auf die ihnen vertraute Fragestellung „Verband und Ehrenamt“ zu - und erzeugen ihrerseits Erwartungsdruck im Sinne von Resultaten oder gar Dienstleistungen - oder interpretieren sie die Auseinandersetzung mit BE als Chance verbandlicher Innovation und lassen sich offensiv auf sie ein? Wie sehr sie BE auf ihre aktuellen generellen Herausforderungen verweist, zeigt sich sowohl am spürbaren Interesse, mit der die Verbände auf das Thema reagieren, als auch an der zwischen Skepsis und Beteiligung schwankenden Ambivalenz ihres Umgangs damit, der davon geprägt ist, daß sie eher als Teilgliederung ihres Gesamtverbandes denn als Netzpartner im lokalen Gemeinwesen agieren.

Für das Bemühen der Verbände um eine Neubestimmung ihres Standorts stellt BE einen „Nebenschauplatz mit Ernstfallcharakter“ dar. Ihre Beteiligung an Initiativen zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements stellt die Verbände vor die Herausforderung,

- den Bedingungen einer ausdifferenzierten pluralen Gesellschaft angemessen eine Neudefinition des Verhältnisses Verbände - BürgerInnen vorzunehmen, ohne weiter auf die Integrationskraft bestimmter sozio-kultureller Milieus aufbauen zu können;
- innerhalb einer Entwicklung, die durch gravierende Einsparungen und „Durchmarkung“ im sozialen Bereich gekennzeichnet ist, ihre Rolle als freie Wohlfahrtsverbände neu zu legitimieren;
- zunächst gegenläufig zur dem herrschenden Marktparadigma entsprechenden Konkurrenz zu einer trägerüberspannenden, der BE-Idee gemäßen Zusammenarbeit mit anderen Anbietern zu kommen; damit dennoch zugleich der

Funktionalisierung der BürgerInnen für einzelverbandliche Anliegen zu widerstehen;

- Formen der paritätischen Zusammenarbeit mit den Kommunen zu Gunsten der Förderung von BE zu entwickeln, trotz der politisch vorangetriebenen Umsteuerung vom korporatistischen System der Wohlfahrtsproduktion hin zu einem plural kooperativen System (vgl. Otto 1995);
- die Neudefinition ihrer corporate identity „eher auf dem Wege einer spezifischen Verortung innerhalb des horizontalen Geflechts im lokalen Lebensraum zu suchen, als in einer Verstärkung der vertikalen verbandsinternen Versäulung“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 156). Gelänge in einem sehr grundlegenden Perspektivenwechsel eine eher auch auf Gemeinwesenbelange bezogene Identitätsentwicklung lokaler Verbandsgliederungen und würden diese stärker identifizierbar als Mitgestalter einer engagement- und mitwirkungsoffenen sozialen Kultur, so wäre dies nicht zuletzt ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.

Die umrissene Orientierung müßte konkret werden in der Öffnung der räumlichen Ressourcen für Kontaktstellen usw. Partialstrategien der Einwerbung Freiwilliger müßten auf ihre Paßförmigkeit bezüglich des „Einladungscharakters“ für eine sich pluralisierende „Zielgruppe“ - letztlich aller ansprechbereiter BürgerInnen - hin abgeklopft werden, Arbeitsbeschreibungen in den verschiedensten Feldern müßten geöffnet werden für eine substanzielle Kooperation mit Engagierten. Dies wäre eine entscheidend wichtige Steigerungsstufe über die Delegation eines partialen Arbeitsauftrages an einige wenige MitarbeiterInnen hinaus, hätte indes angesichts der momentan überall beobachtbaren Verunsicherungen weiteren Beratungs- und Reflexionsbedarf dieser Fachkräfte zur Folge.

Auch auf der *vierten* Ebene - den *Verwaltungen* - geht es nicht um bloße arbeitsorganisatorische Verschiebungen - auch hier steht infrage, ob sie sich tiefgehend und in produktiver Weise auf die auch für sie mit BE transportierten Verunsicherungen einlassen. Konkret nachgefragt: Wollen die Verwaltungen lediglich ein öffentlichkeitswirksames und imageförderndes Projekt an Land ziehen und solitär umsetzen - oder arbeiten sie wirklich mit am „Projekt der Projekte“, also der „grundlegenden Demokratisierung kommunaler Gestaltungsprozesse mit den Folgen eines Paradigmenwechsels im Verwaltungshandeln, einer größeren Unübersichtlichkeit und v.a. einer Umverteilung von Macht?“ (ebd.: 225).

Das aber wäre eine veritable Daueraufgabe, die sich ständig darin bewähren müßte, die Beteiligten nicht für eigene Aufgaben zu instrumentalisieren, wirklich ermächtigende Informations- und Kommunikationsstrategien durchzuhalten, Räume, Gelegenheitsstrukturen und Verfahren zu eröffnen, die BE in seiner Eigenart gerecht werden und förderlich sind. Dies Programm fordert heraus in Sachen Zuständigkeitsdesign und Infrastruktur, aber ebenso in Sachen Kompetenz und Arbeitshaltung gegenüber den bürgerschaftlich Engagierten. Auch hier kann die Aufgabe nicht gelöst werden durch einmalige Pro-Entscheidungen mit nachfolgender schmaler Ressortierung in einem mehr oder weniger geeigneten Amt, auch hier braucht es ein „kontinuierliches Verwickelt-Bleiben verschiedener kommunaler Ebenen und Gremien“ (ebd.: 149), auch hier entfalten sich die Potenzen erst im Kontext eines die Verwaltung intensiv involvierenden Lern- und Entwicklungsprozesses. Und gerade hier, den Verwaltungen gegenüber, ist ganz offensichtlich ein besonderes Mißtrauenspotential der BürgerInnen vorhanden, daß die Förderung bürgerschaftlicher Initiativen - zumal im sozialen Bereich - als Vehikel noch rigiderer Sparmaßnahmen mißbraucht werden könne.

Im als „gemeinsames Lernprojekt BE“ verstandenen Prozeß stellen sich damit auf den verschiedenen Ebenen sehr unterschiedliche und keineswegs kurzfristig einlösbare Herausforderungen. Sie betreffen weit mehr als nur die Kombination von neuen Institutionen plus „Engagement-freundlichem Klima“, wie es bspw. aus der Diskussion zur Selbsthilfegruppenunterstützung abgeleitet werden könnte. Die auf allen vier Ebenen vorhandene Ambivalenz zwischen Bereitschaft zur Mitwirkung und Distanzierung wie die vielfachen Unsicherheiten hinsichtlich der Rollen, die innerhalb der Initiative einem selbst und den übrigen Beteiligten zukommt, erklärt sich so zu einem Teil aus der Nachhaltigkeit der Herausforderung BE.

3. Innovationsförderung durch einen zukunfts-offenen Zielgruppenbezug

Zumindest ihren Ausgang nahm die hier diskutierte Landespolitik zu Beginn der neunziger Jahre von der Altenpolitik und der sozialen Altenarbeit. Der Übergang zu einem generations- und altersübergreifenden Programm ist empirisch ebenso beeindruckend wie vom Ansatz her folgerichtig. In der Kontrastierung zu vorangegangenen Thematisierungsweisen „neuer“ gesellschaftlicher Altersrollen wird die Perspektivenentwicklung deutlich.

Wenn es denn um Alte geht - und um diese geht es natürlich *auch*, weil es um BürgerInnen geht - dann baut es auf einem Altersbild auf, das deutlich über das Spielwiesenprojekt des „aktiven Seniors“ hinausweist und schon gar nicht beim nur aktiv konsumierenden Senior stehenbleibt - egal ob dahinter die Werbung für kommerzielle Angebote steht oder eben auch jene lange und immer noch vielfach kultivierte Aktivierung - von Betütelung bis Anregung - *durch Angebote* im Rahmen sozialer Altenarbeit. Dies ist ein fundamentaler Perspektivenwechsel - hin zu Gelegenheitsstrukturen, Spielräumen, „Werkstattforen“.

Am Begriff der „*Produktivität des Alters*“ (vgl. Baltes/Montada 1996) läßt sich demgegenüber ein noch etwas anders gelagerter Gegenimpuls festmachen - mit spannenden und wichtigen neuen Projekten (Senior-Experten-Service u.a.), letztlich aber einem hierarchischen Leitbild und Lernbild. Ging es dabei zunächst im weiteren Sinne darum, darauf hinzuweisen, daß auch im Alter Aktivität und gesellschaftliches Engagement, die Nutzen für andere stiften, einen großen Platz einnehmen, so wird inzwischen mit dem Begriff unspezifischer alles das zu bündeln versucht, was im Alter aktiv, erfolgreich oder einfach nur „neu“ ist, im Vordergrund stehen dann eher individuelle Entfaltung und Partizipation statt bloßer Wertschöpfung. Das auch für BE hochbedeutsame Spannungsfeld ist damit in der gerontologischen und sozialpolitischen Diskussion durchgängig bereits präsent.

Mit dem im Kontext des öffentlichen Diskurses über intergenerational equity erstarkenden Ruf nach *Wiederverpflichtung des Alters* wird das jüngst einmal mehr deutlich. Auch von dessen normativen Ladungen versucht sich das neue Programm deutlich zu distanzieren, ohne allerdings in Beliebigkeit oder gar Belanglosigkeit von Aktivität abzugleiten - die Balancierung zwischen Nützlichkeitsanspruch und Selbstbezug bleibt aber eine Dauerherausforderung.

Mit allen beispielhaft angeführten Diskursen läßt sich die Problematik der Suche nach spezifischen Altersrollen gründlich belegen. Umgekehrt konnte der diesbezügliche Such- und Entwicklungsprozeß gerade dadurch, daß er im Verlauf der Vorläu-

ferprogramme gewissermaßen im Schonraum des dritten Lebensalters - dort aber mit einem ungewöhnlich hohen Maß an ganzheitlicher Orientierung - stattfand, wiederum spezifische andere Begrenzungen überwinden, wie sie bspw. der Ehrenamts- oder Selbsthilfeförderdebatte anhaften. Und so finden Grenzüberschreitungen sowohl vom *Alter* her statt wie von der Zielgruppe „Betroffene“ oder von der Zielgruppe „neue Ehrenamtliche“.⁷

Die erste Empirie läßt klar angelegte, aber eben auch noch deutlich entwicklungsfähige Tendenzen erkennen: Im Gesamtspektrum der Meldungen zum Modellprogramm ist der Seniorenbereich deutlich, der Sozialbereich tendenziell überschritten. Allerdings wurde „die Intention der AG/BE, BE auf die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche zu beziehen, (...) - verglichen mit den früheren Entwürfen für die Ausschreibung der Initiative - im schließlich veröffentlichten ‘Aufruf’ nicht im ursprünglichen Maß transparent. Die hier im Vordergrund stehende Gemeinwohl-Semantik läßt (...) v.a. an ein soziales Engagement denken“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 80).

Es wäre verfehlt, dies so zu interpretieren, daß sich BE nun nur noch auf die weniger heiklen, problematischen und anstrengenden Altersalter oder Aktivitäten zurückziehen wolle. Mit dem BETA-Projekt etwa („BE und Tagespflege“) wird eindruckvoll an 5 Standorten demonstriert, wie mit dem Pflegebereich sogar eine Art Tabuthematik für Freiwillige überschritten wird.⁸ Daß BE gerade auch für Ältere wichtige Entwicklungschancen bieten kann, ist vielfach herausgearbeitet worden (vgl. z.B. Otto 1997). Daß über eine überzeugende intergenerationale Konzeption und Praxis von vornherein eine dynamische Sperre gegen jegliche - wie gut gemeinte oder ungewollte - Abkoppelungen des Alters in Sonderinstitutionen wirksam wird - diese neue Qualität beweist sich im baden-württembergischen Projekt bereits in beeindruckenden Ansätzen. Und daß *von einer solchen integrierten Basis* aus in einer offensiv kultivierten internen pluralen Struktur bestimmte alters- oder kohortenorientierte Anspracheformen ausprobiert werden - dagegen wäre in einem gegenseitig immer wieder offengehaltenen Lernzusammenhang überhaupt nichts einzuwenden. Vom übergreifenden Prinzip aber sind kategoriale Zuschneidungen dem Projekt hinderlich außer der einen: *sich einbringen als BürgerInnen im erfahrbaren Gemeinwesen*.

⁷ Befördert wird dieser Prozeß, indem verstärkt querschnittsbezogene Aktivitäten anlaufen und gemäß eigener Aussage des Sozialministeriums „Möglichkeiten der Zusammenführung und Kompatibilität unterschiedlicher Sozialpolitikprogramme, wie z.B. Suchtprävention, Gesundheitserziehung, IAV, Jugendhilfe, Frauen im Hinblick auf die Stärkung von BE“ (Hummel/Mächtle 1997) geprüft werden, an anderer Stelle werden noch Selbsthilfe, Straßensozialarbeit, Nachbarschaftshilfe, Jugendkulturarbeit, Ausländerintegration u.a. genannt.

⁸ Gleichermäßen mit Blick auf Pflegebedürftige geht es um Versuche, Angehörigen und interessierten BürgerInnen deren Alltagsgeschehen zu bereichern, im gemeinsamen Handeln Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten zu eröffnen, Beteiligung von Angehörigen ebenso wie von Freiwilligen neu auszubuchstabieren und in dynamischer Weise neu aufzumischen, wie die Interessen von Familienangehörigen, Trägern, Professionellen und Engagierten miteinander zusammenhängen - und wo sie sich unauflösbar unterscheiden. Wichtig ist eine klare doppelte Perspektive: Weder die Pflegearbeit zu verehrenamtlichen noch sie als eine nur noch optimiert zu managende Dienstleistungsarbeit zu formatieren, sondern zu einem *unterstützenden Milieu für Pflege in der Gemeinde* beizutragen und die Enge sonst auch mit professionellen Hilfen letztlich rein privater Pflegearrangements zu überwinden.

4. Innovative örtliche Kristallisationspunkte

Wenn es verblüffende Übereinstimmungen der einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen gibt, die sich damit beschäftigen, warum sich viele ansprechbare Menschen *faktisch* nicht engagieren, dann sind es diese: überwältigend viele wissen nicht, an wen sie sich wenden sollten; selbst langjährig etablierte Einrichtungen sind vor Ort weit weniger bekannt als ihre BetreiberInnen dies oft wahrhaben möchten; ganz viele sagen, sie seien nicht angesprochen worden; viele von denen, die eine Institution kennen, meinen, daß diese für sie nicht zuständig sei; und viele von den Engagementoffenen entwickeln dynamischere Vorstellungen eigener Möglichkeiten erst im Kontext von „mitwachsenden Settings“, von Gemeinschafts- (bei manchen auch eher: Gruppen-) Zusammenhängen und Formen dosierten Probehandelns.

Der organisationsbezogene Antwortversuch des Landesprogramms ist hier diesmal flächendeckend, aber dennoch nicht standardisierend, wenn überall „Örtliche Anlaufstellen bürgerschaftlichen Engagements“ zur Verfügung stehen sollen. Das müssen keine Neugründungen sein, ortsweise kann die Aufgabe auch von Seniorenbüros, Seniorengenossenschaften, Selbsthilfe-Kontaktstellen o.ä. übernommen werden. Wichtig ist, daß bürgerInnennah und generationenübergreifend im jeweiligen Gemeinwesen die Informationsaufgabe ebenso wahrgenommen wird wie die Herstellung lokaler und überregionaler Kontakte und Kooperationen oder die Vermittlung bestehender Unterstützungsangebote (Netzwerkkontakte, Schulungen etc.).

AdressatInnen sind nach dem gesagten selbstverständlich nicht nur die, die offensiv und selbstbewußt ein Engagement planvoll suchen. Das Offenhalten der Initiative für die anderen muß sich im ständigen Bemühen um niedrigschwellige Einstiege bewähren. Damit liegt zugleich auf der Hand, daß von den Anlaufstellen ausgehend vielfältige partielle Kristallisationspunkte geschaffen, dauerhaft oder punktuell inszeniert werden müssen. Daran schließt eine nächste These an, die elegant klingt, in der Praxis aber ungemein sperrig und mühsam ist.

5. Innovationshoffnung durch explizite Konvergenzen der unterschiedlichen Engagementbereiche bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung und Pluralisierung

Die Einsicht dahinter ist, daß es um eine „Gleichschaltung“ der unterschiedlichen Stränge - etwa: Selbsthilfeunterstützung, traditionelles Ehrenamt, neues Ehrenamt und schließlich Formen bürgerschaftlichen Engagements - nicht gehen kann. Die jeweiligen Stärken sind ebenso unterschiedlich wie die darauf ansprechbaren Menschen in ihren jeweiligen biographischen Bezügen. Deshalb können sie gar nicht ineinander aufgehen oder einander substituieren. Aber sie müssen und sollten auch nicht zusammenhanglos nebeneinander herlaufen, eine „Versäulung“ und Abgrenzung - und sei jeder Institutionentyp flächendeckend vertreten - ist ebenso kontraproduktiv.⁹

Die These des dialektischen Zusammenhangs von Konvergenz und Ausdifferenzierung bedarf im konkreten präziser Ausbuchstabierung auf allen einzelnen Ebenen des Engagement- und Engagementförderungsprozesses. An einem Beispiel: Bei den *Zugangsmöglichkeiten* spricht angesichts der extrem unübersichtlichen Anbieter- und Institutionenstruktur vieles für die Bündelung mit nachfolgend ansetzender Pluralisierung und der o.g. gleichzeitig erfolgenden Inszenierung vielfältiger Kristallisationspunkte. Das Leitbild der These könnte so formuliert werden, daß die Schnittmenge gemeinsam weiterentwickelt werden sollte, ohne die Identität der originären Teile dadurch zu bedrohen. Die BE-Strategie reklamiert hier für sich durchaus, den Stoff für eine gemeinsame „Corporate Identity“ zu liefern - mit dem Fluchtpunkt des selbstbewußten Bürgers, der ermöglichenden Verwaltung und einer darauf dann aufbauenden Pluralisierung und Diversifizierung von Engagementmöglichkeiten. In dieser gemeinsamen Perspektive sollten - und könnten - die existierenden Strukturen sehr viel mehr aufeinanderzuentwickelt werden.

Daß trotzdem die identitätsstiftende Kraft eines solchen Arbeitsprogramms „BE“ noch deutlich dadurch begrenzt ist, daß klarere Konturen vermißt werden, daß Interpretations- und mithin Zuordnungsschwierigkeiten für vor Ort teilweise schon vorfindliche Aktivitäten noch immer bestehen, zeigt freilich, wie sperrig diese Entwicklungsperspektive ist. Und ein zweiter gewichtiger Hemmniskomplex besteht im sensiblen Thema der externen und internen Kooperation. Sie wird gefördert durch „das ‚Konkurrenzdenken seitens bestehender BürgerInnen-Gruppen oder -Vereine bzw. seitens bestehender Einrichtungen oder Verbände‘ sowie die daraus resultierende ‚mangelnde Einbindung der neuen Initiative in bestehende Netze‘“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 120).

Dies ist allerdings überhaupt nicht verwunderlich, lassen sich doch im Prinzip in allen „neuen Runden“ ähnliche Schwierigkeiten nachzeichnen. Typischerweise hängen sie sich je auf an der Frage, ob nicht die neuen Programme die Engagierten hier weg und „da“ hin spülen, ob nicht dem traditionellen Ehrenamt und der Selbsthilfe das Wasser abgegraben werde, oder (vor einigen Jahren bei den Seniorengemeinschaften) nicht die Zeitgutschrift das „richtige“ da völlig unbezahlte Ehrenamt untergrabe usw. Alles dies ist z.B. in den baden-württembergischen Förderperioden

⁹ Auf entsprechend problematische, aber im Programmtyp angelegte Arbeitsteilung und Spezialanbieterschaft wird etwa im Falle der immerhin rund 70 vergleichsweise opulent ausgestatteten Seniorenbüros erst seit jüngster Zeit ansatzweise reagiert, indem nun - allzu zaghaft freilich zunächst beschränkt auf Diskurse - das Verhältnis bspw. zu Selbsthilfe und BE verstärkt in den Blick genommen wird.

seit 1990 letztlich nicht eingetreten. Stattdessen wurden verkrustete Strukturen der Ehrenamtlichen-Szenerie produktiv infragegestellt, wurde soziale Phantasie freigesetzt. Hinter diesem Globalresümée sind einige Einzelbefunde hervorzuheben: Der Tausch- und Zeittauschgedanke wurde vielfältiger in Projekte umgesetzt, als es sich die bremsenden Kräfte wohl je ausmalen konnten. Die Selbsthilfe sitzt fachlich und landespolitisch fest im Sattel (was nicht heißt, daß ihre finanzielle Förderung befriedigend wäre) und für die verbandlichen Ehrenamtsstrukturen wurden und werden zwar Erschütterungen beklagt, die sich letztlich aber nur als weitere perspektivreiche Impulse in einem sowieso anstehenden Neuorientierungsprozeß interpretieren lassen.

Natürlich lassen sich hier auch mehr als früher Konturen von „Wettbewerb“ entdecken. Diesen wieder auszuschalten, scheint indes in vielen Bereichen des Sozialen weder möglich noch bezüglich der Engagementförderung wünschbar. Aber er sollte sich nicht in Substitutionsprozessen erschöpfen, sondern zu einer Art Stafettenlauf um die lockenderen Möglichkeiten werden. So verstanden geht es darum,

- eine vielgestaltige und einladende, eine plurale und ausdifferenzierte Landschaft zu entwickeln, die einladend ist für die Diffusen ebenso wie für die Zielstrebigen, die Sozial- und szeneerfahrenen ebenso wie für die Newcomer oder Neuzugewogenen,
- Suchprozesse zu begleiten, Umwege, Nebenwege, Rein- und Rauswege immer neu zu ebnen und offenzuhalten,
- ständig zu prüfen, ob die gefundenen Strukturen wirklich dazu einladen, die Findung eigener Perspektiven zu ermöglichen, ob sie zum Zurückdrängen von Expertenmacht ermutigen, ob sie eine tragfähige Kommunikation zwischen den verschiedenen Kristallisationspunkten möglich machen,
- die Ermöglichung sozialer Phantasie und Produktivität im „intermediären Feld“ ganz weit oben anzusiedeln,
- jegliche Sorte von Vorbehalten gegenüber „soziallastigen“ Themen, Inhalten oder Formen ernstzunehmen und auf sie produktiv einzugehen,
- über die Vision einer Bürgergesellschaft und konkret über das breite Vorstellbarmachen und Ausprobieren von BE das Soziale aus seinem Randdasein zu befreien.

6. Innovation von oben nach unten? Umriss einer ungewöhnlichen politischen Sicherung durch ein Landesnetzwerk und vernetzte Strukturbildung

Der „Programmarchitekt“ Hummel schreibt programmatisch und selbsteinschätzend zugleich: „Um Neuem Engagement/BE zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es gewaltige Anstrengungen, weil es nicht um ein zusätzliches Programm, sondern eine ‚Programmänderung‘, einen sozialen Paradigmenwechsel geht“ (Hummel 1997: 11). Und hier sind auch Interventionen übergeordneter Hierarchieebenen nützlich, jedenfalls dann, wenn sie sich a) nicht hierarchisierend, normierend oder bevormundend gebärden und b), wenn es stimmt, daß es auf allen anderen Ebenen offensichtlich viele Institutionen und Organisationen gibt, „die in einer Art ‚herrschaftli-

cher Fürsorge´ Angebot und Nachfrage von Tätigkeitspotentialen verwischen und Vorentscheidungen darüber treffen, was wertvolle und nützliche Einsatzfelder sind“ (Hummel/Mächtle 1997: 12).

Ein zusätzliches Programm ist es trotzdem geworden, wie die ganz zu Beginn vorgestellten Zahlen beweisen. Spannender als die Quantität sind unter ordnungspolitischen und Implementationsgesichtspunkten indes die Infrastruktur gewordenen Anregungen des Sozialministeriums, die Tatsache etwa, daß die ARBES¹⁰ inzwischen ohne Ministeriumseteiligung agiert und mit der AG/BE¹¹ die kommunalen Verbände (Städte-/Gemeinde-/Landkreistag) verbindlich im Boot sitzen, aktuell werden auch die Ligaverbände und wichtige Institutionen des jugendpolitischen Bereichs eingebunden. Nicht zuletzt wird hiermit die Erwartung verknüpft, die Förderung von BE politisch besser sichern zu können und von Parteipolitik weiter zu emanzipieren. Vorläufig zusammengefaßt: Hier hat sich Landespolitik da stark gemacht, wo sie leichter etwas erreichen kann als dutzende Initiativen von unten - und sich dann Schritt für Schritt herausgezogen.

Nun verwundert es kaum, daß eine solche Bewertung von den unterschiedlichen Kategorien „Betroffener“ wenn überhaupt, dann nur sehr allmählich angeeignet wird. Vor Ort ist es oft eine schwer verständliche Politik des „Wer mit wem“ und unverhofft sieht man da plötzlich - z.B. aus der Warte von Selbsthilfezusammenschlüssen - „die ganze Politik“ gegen „das horizontal gewachsene und vernetzte“, oder - z.B. aus der Warte mancher Kommunen - Reglementierung und Steuerung durch das Land entgegen aller sonst proklamierten Dezentralisierungs- und Subsidiaritätsbestrebungen. Dies als Konkurrenz, Bedrohung und Kontrolle zu sehen ist verständlich aber blockiert unnötig. Credo ist, daß „die kreative Erschließung sozialer Ressourcen, ermutigender Individual- und Gruppenbeispiele (Projektkultur) ein politisch aufwendiges Rahmennetzwerk erfordert“ (ebd. 1997: 11), zu dem ein kontinuierliches Zusammenwirken von Kommunen und Land, von persönlicher fachlicher Beratung und von Gremienarbeit notwendig ist.

Mit dem Netzwerkbegriff und der o.g. Querschnittsorientierung sind im Vergleich zu vielen anderen Programmen zentrale Schlüsselcharakteristika benannt. Explizit werden nicht nur einzelne Initiativen, sondern Netzwerke als Netzwerke gefördert. „Die Politik“ selbst muß hier in ganz vielen Feldern sehr grundsätzlich umlernen. Hummel und Mächtle (ebd. 1997: 13) formulieren die Herausforderung für Interventionsverständnis und -instrumente stichwortartig so: „Systematische Förderung einer themenbezogenen Öffentlichkeit, eines Erfahrungsaustausches und der Bereitstellung mobiler hochqualifizierter Teams zur Modernisierung und Neukonstituierung von (...) freiwilliger ´Tätigkeitskultur´; experimentelle Weiterentwicklung der Fördermethoden von BE durch Aufhebung staatlicher Haushaltsführung und sektorieller Förderrichtlinien zugunsten örtlicher (...) Budgets mit Selbstverwaltung und unter Einschluß privaten Kapitals. Einzelförderungen der Sozial- und Kulturpolitik (...; vgl. Fn. 7) können unter dem Primat des bürgerschaftlichen Engagements, zumindest nach dem bisher unberücksichtigten Prinzip ´integriert denken, differenziert handeln´, zusammengeführt werden.“

Interessanterweise wird die Landespolitik bezüglich der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gerade deshalb kritisiert, weil sie nicht nur Geld ausschüttet,

¹⁰ Zusammenschluß von BE-Initiativen verschiedenster Art wie BürgerInnentreffpunkte, Senioren-genossenschaften, Wissensbörsen, Selbsthilfekontaktstellen, Nachbarschaftsvereine.

¹¹ Zusammenschluß der Modellregionen, in denen Kommunen und Verbände sich gemeinsam um Institutionen bemühen als regionale oder örtliche Anlaufstellen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des BE.

sondern sich einmischt und als Instanz erlebt wird, die Einfluß nimmt. Dies bezieht sich bereits auf die Startphase, wenn - schwierig genug, aber alternativlos - „von ganz oben“ (vom Land) ein doppeltes vorgegeben wird: daß einerseits „die Oberen“ auf kommunaler oder Landkreisebene nicht einfach z.B. per DezernentInnenentscheidung o.ä. quasi im Alleingang die Teilnahme an einem Förderprogramm beschließen können, sondern zunächst aufwendigere Planungs- und Partizipationsprozesse vorausgesetzt werden, und daß andererseits - „von unten“ (bspw. Initiativen) gesehen - ein stabiles Arbeitsbündnis mit Verwaltung und Verbänden zwingend vorgeschrieben wird. Und ebenso auf die Startphase bezogen kann festgestellt werden, daß „von oben“ verlangt wird, deutlich abseits gewohnter Antragsroutinen zunächst einmal in kommunalen Netzwerken Projektideen bis zur Vorschlagsreife zu entwickeln.¹²

Gegen die kritischen Stimmen ist vor allem anderen darauf zu insistieren, daß es - auch unter ordnungspolitischen und Gesichtspunkten politischer Netzwerke - angezeigt ist, auf allen Ebenen - von der Vernetzungsunterstützung bis hin zur sozialpädagogischen Unterstützung - systematisch zu prüfen, wo die Stärke gerade der Landesebene sein könnte. An Beispielen aus drei Interventionsschwerpunkten soll dies verdeutlicht werden. *Erstens Vernetzung*: Indem unter Mitwirkung „von oben“ Infokanäle organisiert werden und für die BE-Akteure geöffnet werden, indem Kommunikationsgelegenheiten geschaffen und Kooperationen angeregt werden, werden - wie dies einmal in der Sozialpädagogik genannt wurde - „selbstaktive Felder“ eröffnet, wird entscheidend dazu beigetragen, miteinander, untereinander und voneinander zu lernen.

Der wenig konventionelle Handlungsstil der Geschäftsstelle im Ministerium und die vielfache Eröffnung vergleichsweise legerer Kommunikationswege und -möglichkeiten mit einer Vielzahl relevanter Einrichtungen sowie die Ausschaltung manch anderer in anderen Programmen notwendiger Instanzenkontakte machen diese Politik als relativ direkte Politik erfahrbar, passen zu dem partizipationsoffenen Selbstanpruch und mobilisieren durchaus Sympathien auf allen Ebenen. „Das Sozialministerium „schafft neue Settings, die als Versuch interpretiert werden können, Systemgrenzen zu durchbrechen, neue Interferenzen zwischen bestehenden Systemen (Verbänden, Fachkräften, Initiativen) herzustellen und ggf. neue Subsysteme zu schaffen. Insbesondere entstehen Verbände jenseits und neben der Verbandsstrukturen“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 178).

Der *zweite* Interventionsschwerpunkt der *Beratung* wurde ebenfalls mehrstufig konzipiert. Sowohl Informationsangebote als auch Praxisberatung vor Ort werden nicht nur von der ministeriellen Geschäftsstelle sondern auch von dem beauftragten Team „BE - Beratung und Forschung“ angeboten. Auch bezüglich der *dritten* Interventionsebene der *Qualifizierung* läßt sich ein spezifisches Muster der Anregung durch die Landesgeschäftsstelle und/oder der Fachberatung mit nachfolgenden Verhältnissen der Kooperation bis zum contracting out feststellen - deutlich und

¹² Der Zwischenbericht macht das programmatische Eigenverständnis deutlich: „Für Beantragung, Verwendung und Abrechnung der Mittel ist die an den Modellstandorten zu bildende, paritätisch (d.h. mit Vertretern/innen der beteiligten Bürger/innen, Fachkräfte, Verwaltungen und ggf. Verbände) besetzte Steuerungsgruppe verantwortlich. Diese sich von klassischen Modellprojekten unterscheidende Bezuschussungspraxis soll dem spezifischen Charakter des Landesprogramms Rechnung tragen: Die BE-Förderung ist ein Entwicklungsprozeß, dem mit Pauschalfinanzierungen wenig gedient ist; und sie ist ein Prozeß der Neuverteilung von Mitwirkungsmöglichkeiten, der auch bei der Bewirtschaftung finanzieller Mittel nach neuen ‚Spielregeln‘ jenseits üblicher Verwaltungsroutinen verlangt“ (Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 23). Diese hier als Einmischung pointierte Struktur bildet sich im weiteren Programmablauf nicht zuletzt deutlich in den Haushaltsproportionen ab: Die indirekte Unterstützung verschlingt einen fast hälftigen Anteil der gesamten Landesförderung für BE.

glaubwürdig wird das Muster einer explorativen und anregenden Verwaltung, die auch in diesem Feld Prozesse anstößt, kooperativ mit- und weiterentwickelt und sich im weiteren Verlauf ggf. wieder herauszieht. Hauptzielgruppe sind zwangsläufig nicht nur die BürgerInnen, sondern ebenso die Fachkräfte, Hauptperspektive ist immer auch Kompetenzerweiterung, aber in einem breiten dynamischen Begriff des Lernens. Und dieses Lernen hat ebenso zu tun mit persönlicher Horizonterweiterung, mit dem Streben nach besserer Qualität von Arbeitsvollzügen oder „Produkten“ und mit einem erhofften Zuwachs an Selbstbestimmung für die Beteiligten und ihre Initiativen. Es wäre inkonsequent, wäre nicht auch die wissenschaftliche Begleitung im Netzwerkkontext eingebunden. In der Tat stellt sie, was Ausstattung und Institutionalisierungsform anlangt, vor dem Hintergrund des von ihr verfolgten Paradigmas der Praxisforschung ein beträchtliches Unterstützungspotential dar.¹³

Natürlich muß sich die Aktivität „des Landes“ sowohl an den selbstgesetzten Spielregeln wie - allgemeiner - an den Anforderungen BE - messen lassen. Eine vorläufige Einschätzung aber scheint bereits verantwortbar: Es lassen sich offensichtlich an vielen Orten mit steigender Intensität der Zusammenarbeit mit den direkten und indirekteren „LandesvertreterInnen“ abnehmende Vorbehalte feststellen. Die LandesexpertInnen sind hier schließlich untrennbar in eine alternativlose Einsicht involviert: „BE stellt kein Sozialassistententum dar, welches das kleine Einmaleins des Sozialwesens studiert, flankiert von Experten, die bestimmen, welche Inhalte in ein solches Curriculum gehören und welche nicht. Soziale Phantasie, die andere Lösungswege als beruflich-professionelle Instanzen sucht, kann nur reifen, wenn man sich der Spezifität eigenen Tuns in der Selbstverständigung über und Einmischung in soziale Belange vor Ort bewußt wird“ (Schmidt 1995: 203).

7. Perspektivreiche Innovation?

Das Landesprogramm zur BE-Förderung beschränkt sich nicht, wie viele andere Projekte, auf den Versuch, in einem oder mehreren Modellstandorten ein Förderprogramm zu erproben und auszuwerten. Es ist wesentlich ambitiöser, indem es für eine gesellschaftspolitische Vision steht und für sich in Anspruch nimmt, eine Perspektive für die Erneuerung der Grundlagen der sozialen Demokratie zu verkörpern. Vergleichbare Perspektiven finden sich auch in anderen Bewegungen und Programmen. Das Besondere an dem Landesprogramm der BE-Förderung ist gewiß, daß es in mancher Hinsicht grenzüberschreitend angelegt ist und insbesondere die Rollenkonzepte der Hauptakteure für die Gestaltung des „Sozialen“ in Frage stellt bzw. erweitert: für Fachkräfte, für Verwaltung, für Verbände und BürgerInnen.

Für den großen Anspruch, der hinter dem Landesprogramm steckt, handelt es sich bei aller Vielfalt und allem Vor-Ort-Engagement um kleine Experimente, um Lernwerkstätten sozialer Demokratie, die nur mühsam lernen, das Scheinwerferlicht des ambitiösen Landesprogrammes zu verarbeiten. Aber es birgt eine große Chance: es stößt auf einen Nährboden, der geeignet ist, die BE-Perspektive einzubeziehen in zentrale gesellschaftliche Veränderungs- und Modernisierungsprozesse. Die konstatierten hohen Verunsicherungs- und Konfliktpotentiale zeigen, wie sehr mit der BE-Idee gängige Rollen-, Funktions- und letztlich Machtverteilungen in Frage

¹³ Zur spezifischen Konzeption einer Verkoppelung von Fachberatung und Begleitforschung zu einem Handlungsforschungsprojekt vgl. Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 26ff.

gestellt werden. Sie sind untrügliches Zeichen dafür, daß es sich bei der Idee um sehr viel mehr als die äußerliche Neuetikettierung altbekannter Sachverhalte handelt. Damit sind künftig einige hochbrisante Grundsatzfragen aufzunehmen – insbesondere bezüglich der gesellschaftlichen Neubewertung unterschiedlicher Arbeitsformen, der Frage nach gesellschaftlich zu verantwortenden Leistungsbereichen und Grenzen der Leistungsfähigkeit sozialer Netzwerke (vgl. Klie/Walter/Roß u.a. 1997: 57ff.).

Die Besinnung auf ihre potentiellen Stärken und das Bestärken der Menschen darf nicht in einen - erneut segmentierenden - Kompetenzoptimismus umschlagen, muß es aber auch nicht. Der bürgerschaftliche Impuls läuft hier gerade nicht hinaus auf die Individualisierung und Familialisierung oder auf das spezifische Entöffnungsmuster professioneller Versorgung, sondern gerade auf (teil-) gesellschaftliche Wiederaneignung. Fluchtpunkt ist auf allen Ebenen, den Menschen zu stärken. Ein dynamisches Projekt BE formatiert diesen Prozeß in entwicklungsöffener Perspektive neu.

Literatur

- Baltes, M./Montada, L. (Hg.) 1996: Produktives Leben im Alter, Ffm, New York
- Braun, J./Kettler, U./Becker, I. 1997: Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern. Stgt/Berlin/Köln
- Hummel, K. (Hg.) 1995:
- Hummel, K. 1997: Ein Landesnetzwerk bauen. Soziales Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg, unv. Ms., Stgt
- Hummel, K./Mächtle, G. 1997: Förderung des Sozialverhaltens als Aufgabe von Landespolitik. Perspektiven sozialpolitischen Handelns auf der Grundlage von Modellinitiativen des Sozialministeriums, Stand 10.10.1997, vv. Ms., Stuttgart
- Klie, T./Walter, J./Roß, P.-St. 1997: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 1. Wissenschaftlicher Zwischenbericht 1996/97. hgg. vom Sozialministerium, Stgt
- Kohli, M./Künemund, H. 1997: Nachberufliche Tätigkeitsfelder. Konzepte, Forschungslage, Empirie. Stgt, Berlin, Köln
- Otto, U. 1995: Seniorengenossenschaften. Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik? Opladen
- Otto, U. 1995a: Freiwillige Tätigkeit statt selbstlosem Dienst für andere? Perspektiven des verbandlichen Ehrenamts zwischen Ködern, Überreden und Ernstnehmen des Selbstbezuges, in: Evangelische Impulse, 17. Jg., H. 1, 21-24
- Otto, U. 1997: Bürgerschaftliches Engagement als Aktivitätschance im Alter, in: Arch-SozArb, 28. Jg., 42-55
- Schmidt, R. 1995: Bürgerschaftliches Engagement bricht Verkrustungen auf. Die Wiedergewinnung von Gemeinschaftlichkeit: das Profil von Bürgerengagement in einer individualisierten Welt. In: BldW, 142. Jg., 201-203
- Sozialministerium Baden-Württemberg 1997: Bestandsaufnahme zum Ehrenamt/Bürgerengagement, Stand 1.9.1997, vv. Ms., Stgt
- Wendt, W. R. 1995: Professionelle Sozialarbeit und freiwilliges Bürgerengagement sind kein Widerspruch. Der Auftrag ist es, die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen und zu wahren, in: BldW, 142. Jg., 197-200

Angaben zum Autor

Dr. Ulrich Otto, Jg. 1961, Hochschulassistent am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen, Abt. Sozialpädagogik; Arbeitsschwerpunkte: Soziale Gerontologie, freiwilliges soziales Engagement, allgemeine Sozialpolitik, Armut